

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Postanstalt für den Monat 1.00 Mark, halbjährlich 5.00 Mark, jährlich 10.00 Mark, monatlich 0.80 Mark. Abnahme nach Vereinbarung.

Druckerei: Anstalt Nr. 23. Telegramm: Tageblatt Erzgebirge.

Abnahme nach Vereinbarung. Durch unsere Postanstalt für den Monat 1.00 Mark, halbjährlich 5.00 Mark, jährlich 10.00 Mark, monatlich 0.80 Mark. Abnahme nach Vereinbarung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer.

Postfach: Konto: Amt Leipzig Nr. 1098.

Nr. 293

Sonnabend, den 17. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichstag hat gestern die Aufhebung der Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten beschlossen.

Der angebliche Reparationsplan Lloyd Georges lautet nach einer Meldung des Pariser Echo: England verzichtet auf seinen Anteil an der Schuld, Frankreich erhält von dem Rest 52 %.

Im Jagowprozeß beantragte der Oberreichsanwalt gegen v. Jagow sieben Jahre und gegen Frhr. v. Wangenheim und Dr. Schiele je sechs Jahre Gefängnis.

Auf der Durchreise sind 18 deutsche Kriegsgefangene aus Wagnon in Seltenskirchen eingetroffen. Sie kamen aus 25 Gefangenenlagern in Wagnon.

Das Unterhaus hat das irische Abkommen mit 401 gegen 58 ratifiziert. Das Oberhaus hat das Abkommen mit 168 gegen 67 Stimmen ratifiziert.

Die Neuaufrollung des Reparationsproblems.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die gestrigen Leitartikel der rechtsstehenden Berliner Presse trugen Überschriften wie Zusammenbruch der Erfüllungspolitik, Reparationsbankrott, und aus ihrem Inhalt ging hervor, daß nun die längst prophezeigte Katastrophe da, daß die Politik des 10. Mai, die die Unterschrift unter das Londoner Ultimatum gab, zusammengebrochen sei. Ist dem wirklich so? Hat die Politik der Erfüllung, als deren Exponent vornehmlich der Reichskanzler Dr. Brüning anzusehen ist, wirklich Schiffbruch erlitten? Gewiß ist es richtig, daß das, was alle Einsichtigen seit dem Tage der Unterzeichnung des Londoner Ultimatum vorausgesehen haben, nämlich daß Deutschland unendlich in der Lage sei, die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, jetzt eingetreten und durch die Note des Reichskanzlers an die Reparationskommission offen zugestanden ist. Aber die Erkenntnis der Unerfüllbarkeit vor ja durchaus nicht etwa ein Privilegium der rechtsorientierten Kreise; vielmehr waren sich darüber vom ersten Anfang an mit dem Reichskanzler auch diejenigen Parteien völlig im Klaren, die seiner Politik zugestimmt und sie gestützt haben. Dennoch klaffte zwischen den Auffassungen beider Lager eine tiefe Kluft. Was diese Kluft von jenen schied, war eine völlig andere Einstellung; sogen jene aus dem Unerfüllbar den Schluß: also erfüllen wir nicht, so vertrat diese den Standpunkt der Erfüllung bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit. In der Tat war es unerlässlich, den Beweis unseres guten Willens zu erbringen; denn nur auf diesem Wege konnte vor den Augen der ganzen Welt der weitere Beweis der Unmöglichkeit geführt werden. Der Unterschied zwischen diesen beiden gegensätzlichen Auffassungen springt heute aber in seinen Auswirkungen deutlich ins Auge: hätten wir bis zur Stunde den Beweis unseres guten Willens nicht erbracht, hätte die Entente auch nur die geringste Möglichkeit, uns bösen Willen zu zeigen, so gäbe es keinen Zweifel, daß die Antwort auf das deutsche Stundungsgeßuch in der Androhung neuer Gewaltmaßnahmen, wahrscheinlich die Besetzung des Ruhrgebietes, bestehen würde. Wenn wir uns heute von dieser geheimen Sorge frei fühlen dürfen und wenn selbst die extremnationalistische französische Presse solche Maßnahmen kaum zu fordern wagt, so ist das ein Beweis für den außerordentlichen Fortschritt der politischen Entwicklung. Den die Erfüllungspolitik geschaffen hat, und für ihre Notwendigkeit und Wichtigkeit.

Greifbar wäre dieser Fortschritt trotzdem wohl nicht so rasch gekommen ohne die zwingendste Erkenntnis von der Verflochtenheit der Weltwirtschaft. Nicht etwa die Mithilfeleistung der Reparationen, sondern ihre Leistung hat das Wirtschaftsleben der Welt demoralisiert, daß die Entente aus ihrem eigenen Lebensinteresse heraus gehungert ist, für die Lösung des Reparationsproblems neue Formen zu suchen. Dazu kommt, daß wir nach einer Erklärung von maßgebender englischer Stelle kreditunwürdig sind, und zwar gerade wegen der Bedingungen, die uns von der Entente auferlegt sind. Wir können also auf der einen Seite weder aus eigener Überschufwirtschaft zahlen, noch auf der anderen Seite irgendeinen Kredit bekommen. Deutlicher konnte von England die ganze Unmöglichkeit der Reparationsverpflichtungen und die Notwendigkeit ihrer Abänderung nicht betont werden. Man möchte fast glauben, daß jene englische Antwort ausdrücklich zu dem Zweck gegeben worden sei, um damit den Stein ins Rollen zu bringen.

Und man muß hoffen, daß bei der bevorstehenden Zusammenkunft Briand mit Lloyd George diese wirtschaftliche Erkenntnis sich auch in eine politische politische Erkenntnis umsetzt und die nötigen Folgerungen daraus gezogen werden.

Der Reichskanzler hat gestern im Hauptauschuß des Reichstages betont, daß durch die Wösendung der Schuldensnote eine neue politische Situation geschaffen sei. Dieser neuen Situation gegenüber dürfen wir keinesfalls die Hände in den Schoß legen und das Objekt der Entente abwarten, was sie über uns beschließen wird. Vielmehr müssen wir gerade jetzt Initiative entfalten und zu unserem Teile alles tun, um die neue Situation zu einer für uns möglichst erfolgreichen zu gestalten. Als Mittel dazu hat der Kanzler die möglichst rasche Verabschiedung der Etats und die widerprüchlose Bewilligung der erhöhten Post- und Eisenbahntarife genannt. Und schließlich hat er angedeutet, daß die Subsidien, die wir für die Ernährung unseres Volkes und für andere Zwecke geben, das heißt der Reichszuschuß zum Brotgetreide, im nächsten Jahre weggelassen müssen. Man wird dem Reichskanzler zugestehen müssen, daß er — wenn auch unter dem Zwang eines außenpolitischen Druckes — den Mut hat, eine Politik zu machen, die in höchstem Maße unpopulär ist. Man muß ihm freilich darin Recht geben, daß die Zuschüsse für Post, Eisenbahn und Brotgetreide in der Tat eine Art Dumping darstellen. Wenn ohne diese Zuschüsse können wir nicht zu den heutigen Preisen produzieren und den Weltmarkt unterbieten. Leider aber hat der Kanzler mit keinem Wort angedeutet, wie er sich den inneren Ausgleich nach dem Abbau dieser Zuschüsse denkt, denn es liegt auf der Hand, daß die makellos erhöhten Tarife für Post und Eisenbahn auf die Ware und damit auf die Konsumenten abgewälzt werden, und daß also neben dem erheblich teureren Brot alle anderen Lebens- und Bedarfsmittel eine gewaltige Preissteigerung erfahren werden. Die Folge werden neue Gehalts- und Lohnsteigerungen sein und damit eine neue Inflation durch die Notenpresse. Hier liegt der Hebelpunkt des Reparationsproblems: ohne eine Stabilisierung des Marktkurses werden auch die vom Reichskanzler geforderten Opfer umsonst gebracht sein.

Ob alle Parteien des Reichstages sich den eindringlichen Mahnungen des Kanzlers nicht verschließen werden, wird sich bald zeigen. Es wäre denkbar, daß sie die erhöhten Tarife nicht ohne weiteres ablehnen oder wenigstens nicht in dieser Höhe, solange nicht die oft erhobene Forderung auf Reformen innerhalb der Post- und Eisenbahnverwaltung und ihrer Betriebe, ganz besonders derjenigen der Post, durchgeführt sind. Denn gerade mit der Bewilligung dieser Tarife und also der Bewilligung des Defizits würde der Zwang zur Durchführung dieser Reformen wegfallen. Umso mehr aber sollte erwartet werden dürfen, daß die in Betracht kommenden Parteien bereit sind zur Ausbreitung und Festigung der Regierungskoalition. Der Kanzler hat in seiner Rede gesagt, es handle sich um Leben und Sterben einer Nation. Wo so Hohe auf dem Spiel steht, muß alles Persönliche zurücktreten, muß die Regierungspolitik von möglichst breiten Schichten des Volkes, und nicht wie jetzt nur von zwei Parteien getragen werden.

Reparationen und innere Gesundung.

Im Hauptauschuß des Reichstages sprach der Reichskanzler gestern ausführlich über die Wösendung der Schuldensnote und die dadurch geschaffene neue Situation, die das Reparationsproblem wieder aufwerfe. Um dem Ausland stärker einzuhämmern, daß unsere Verpflichtungen unausführbar seien, müsse auch im Innern alles Erforderliche geschehen. Zunächst müßte der Nachtragetat rasch verabschiedet und die Reichsverwaltung balanciert werden. Höchst bedauerlich sei es, daß jetzt auf der einen Seite die Privatisierung der Eisenbahn, auf der anderen Seite die Sozialisierung der Betriebe geschehe. Saniert müßte sie unbedingt werden, das Parlament müsse zeigen, daß die Reichsverwaltung auf gesunde und wirtschaftliche Grundlagen zu stellen sei; unser Budget würde in der Welt einsehend nachgeprüft. Wegen der außenpolitischen Notwendigkeiten hätten die innerpolitischen zurückzutreten. Nur dann wäre eine Rettung möglich. Deshalb müsse auch bei den Steuern ein Kompromiß gefunden werden; gelinge das nicht, so sei die ganze deutsche Wirtschaft gescheitert. Ueber die Rede des Reichskanzlers erfolgte eine Aussprache nicht. Auf eine Anfrage des Volksparteilers Quast über die Kriegsgesellschaften, bei der er, wie sich herausstellte, unerschrockene Vorwürfe über die Korruption bei der Wösendung stellte, erklärte die Regierung, daß sie eine erschöpfende Denkschrift über die Kriegsgesellschaften vor-

legen werde. Von 197, die bestanden hätten, seien 158 aufgelöst, 37 in Liquidation. Der Demokrat Wieland führte aus, daß die Ost- und Westseite zu teure Lose eingekauft habe; gegen die Verluste müßten die Ueberschüsse aufgerechnet werden. Beim Postetat, über den der Demokrat Debus Bericht erstattete, forderte er, daß das umständliche Abrechnungsverfahren zwischen Post- und Eisenbahnverwaltung endlich beseitigt werde. Die Regierung will hierüber in Verhandlungen eintreten. Der Demokrat Wieland beklagte die schlechten Telefon- und Telegraphenverbindungen nach dem Industriegebiet und nach dem Süden Deutschlands, namentlich von Berlin aus. Beim Etat des Reichsverkehrsministeriums bemängelte Wieland, daß jetzt technische Beamte zu Verwaltungsbeamten umrangiert würden, obgleich feststehe, daß zu wenig Techniker in leitenden Stellen seien. Er bezeichnete die Antwort des Staatssekretärs, daß die technischen Beamten sich damit einverstanden erklärt hätten, als unzureichend. Der Betrag für die Sozialrenten wurde dann um 15 Millionen Mark erhöht.

Gegen die Ideenlosigkeit des Postministers

Unsere Reichsbetriebe müssen wirtschaftlich gemacht werden. Das ist nicht nur eine Forderung der Entente, sondern eine Selbstverständlichkeit für jede Untertanung. Wiesberts, der gegenwärtige Postminister ist ein braver Mann, in sozialer Beziehung darf man ihm auch ein warmes Herz und große Gutherzigkeit nachrühmen. Ueber von den Ideen einer wirtschaftlichen und sachgemäßen Betriebsführung besitzt er keinen Schimmer. Leider hat er es auch verstanden, sich entsprechende Fachleute heranzuziehen. Seine schamlosen Erhöhungen bedeuten niemals eine Wirtschaftsmachung der Post. Das würde sich sehr bald herausstellen. Es ist darum falsch, ihm jetzt die verlangten Erhöhungen zu bewilligen, die wegen der zu erwartenden Mindereinkünfte unter Umständen das Defizit nicht nur nicht beseitigen, sondern sogar vergrößern. Gerade im Interesse der vom Kanzler gewünschten inneren Ordnung unserer Wirtschaftsbetriebe ist es deshalb gelegen, wenn jetzt die Deutsche Demokratische Partei des Reichstages Wiesberts erklärt, daß sie ohne grundlegende Beseitigung großer Mißstände und Erfüllung notwendiger Reformen keine erhöhten Posttarife bewilligen wird. Die Fraktion verkennt nicht, daß auch die Posttarife dem gesunkenen Geldwert angepaßt werden müssen. Ueber Wiesberts geht in seinen Forderungen vielfach über den gesunkenen Geldwert hinaus. In seinem Betriebe wird der Arbeitslohn um etwa 20 % überaus schamlos angewendet. Anstatt auf dem Bande die Briefträger mit Röhren auszurüsten, gestattet die Postverwaltung die Erledigung der Ausbreitungsarbeit in drei Stunden, sofern der Postbote dem Reich ein Stadtkilometer. Im Betriebe kann das Verordnen fünf Tage krank melden, bevor es eine ärztliche Bescheinigung beibringen muß, und die Arbeitszeit um unheimlichste Zeiten, sowie die Telefonkosten schreien zum Himmel. Wiesberts will über den gesunkenen Geldwert in seinen Tarifen weit hinausgehen, und er denkt gar nicht daran, die Post auf den Stand der alten Leistungsfähigkeit zu heben. Kein neues Tätigkeitsgebiet wird erschlossen. Mit Recht weist die Dresdener Zeitung darauf hin, daß die Festlegung der Gehälter ein lohnender Erwerbszweig für die Postverwaltung wäre. Auch sonst gibt es noch manches Beteiligungsgeßuch. Ueber Wiesberts ist ein Mann von überaus großer Ideenlosigkeit, und es ist nicht möglich, ihm schamlose Ausschläge blind zu bewilligen.

Die Demokraten gegen die Erhöhung der Postgebühren

Im Postgebührenausschuß des Reichstages gab der Abg. Dietrich Baden namens der Demokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Fraktion sich eingehend mit der Frage der Postgebühren beschäftigt habe. Sie sei dabei zu dem Beschluß gekommen, die Vorschläge des Unterausschusses als nicht zum Ziele führend abzulehnen. Grundsätzlich lände sie auf dem Standpunkt, daß die Tarife dem gesunkenen Geldwert anzupassen seien, obwohl der Ministerstand unter den Erhöhungen schwer zu leiden haben würde. Sie glaube aber, daß die erforderlichen gewaltigen Erhöhungen der Postgebühren der Bevölkerung nur zugemutet werden können, wenn die Mißstände beseitigt würden. Bis mit den erforderlichen Reformen, die im einzelnen dem Reichstag vorzulegen seien, beschlossen worden sei, müßte sie den Erhöhungen die Zustimmung verweigern. Nur Abstellung der Mißstände könne Verhältnisse im Postwesen schaffen, die eine auskömmliche Bezahlung der, in seiner überwiegenden Mehrheit willigen und tüchtigen Beamten- und Arbeiterpersonals der Postverwaltung ermöglichen. Die Abg. Dietrich und Debus begründeten dann, warum die

ums rate Ergg. Jul 535. Tag Ia. eur. Metall. stadt des. Blitt. auf! und lben, prelawert. i. Sa, r. Nr. 30. DO. 37. B, gegen. titelr. a.